

Trump hat Recht, gegen das „Kartell für Klimaklagen“ vorzugehen

geschrieben von Chris Frey | 30. Juli 2026

[Tilak Doshi](#), [Tilak's Substack](#)

Präsident Trump hat einen neuen Bericht der Nationalen Akademie der Wissenschaften scharf kritisiert, der angeblich Klimaklagen bzgl. „Extremwetterereignissen“ stützen soll. Damit hat er Recht.

Es gibt eine besondere Art des institutionellen Verfalls, die sich nicht durch Inkompetenz, sondern durch Übergriffigkeit bemerkbar macht – nämlich in dem Moment, in dem sich ein Gremium, das eigentlich zur Beratung gedacht ist, still und leise in eine Interessenvertretung verwandelt. Dieser Moment wurde letzte Woche deutlich sichtbar, als die National Academies of Sciences, Engineering and Medicine einen 253-seitigen [Bericht](#) veröffentlichten, in dem behauptet wird, Wissenschaftler könnten einzelne Hitzewellen und Regenstürme nun „mit hoher Sicherheit“ auf vom Menschen verursachte Emissionen zurückführen, Waldbrände, Dürren und Wirbelstürme hingegen mit „mäßiger Sicherheit“. Zwei Tage später tat Präsident Trump etwas, was sich kein früherer Bewohner des Weißen Hauses zuvor so recht getraut hatte: Er [bezeichnete](#) den Bericht auf Truth Social als das, was er ist: „Betrügerisch, voreingenommen und irreführend“, und wies die für Aussetzungen und Ausschlüsse zuständigen Bundesbeamten an, das Verhalten der Akademien sowie die Gefährdung der Steuerzahler durch das, was er als „Klimabetrug“ bezeichnete, zu überprüfen.

Die empörten [Reaktionen](#) ließen nicht lange auf sich warten und waren vorhersehbar. Doch wenn man das theatralische Gehabe eines „Truth Social“-Beitrags des Präsidenten – Großbuchstaben, „Radical Left Dumocrats“, die erfundene Schreibweise – beiseite lässt, bleibt eine ernste institutionelle Frage übrig, die schon vor Jahren hätte gestellt werden müssen: Ist die Nationale Akademie der Wissenschaften zu einer Interessenvertretung geworden, die sich die Autorität der „Konsenswissenschaft“ zu eigen macht?

Von neutraler Beratung bis hin zum Assistenten eines Prozessanwalts

Der Kongress gründete die National Academies im Jahr 1863 mit einem bescheidenen und nützlichen Ziel: der Beratung der Regierung in technischen Fragen wie der Kalibrierung von Zahlungsmitteln und dem Schutz von Schiffsrümpfen vor Korrosion. Es lohnt sich, einen Moment darüber nachzudenken, wie weit sich die Institution von diesem ursprünglichen Auftrag entfernt hat. Wie die Redaktion des „Wall Street Journal“ in ihrer eigenen [Kritik](#) an dem Bericht feststellte, die am

gleichen Wochenende unter der pointierten Überschrift [übersetzt] „Ein Klimaputsch bei den National Academies of Science“ veröffentlicht wurde, versteht sich das neue Dokument ausdrücklich als „relevant für politische und rechtliche Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der Haftung für Verluste, die durch extreme Wetter- und Klimaereignisse entstehen“. Das ist nicht die Sprache wissenschaftlicher Beratung. Es ist die Sprache eines juristischen Schriftsatzes.

Der Bericht geht noch weiter und stellt fest, dass seine Methodik staatlichen und lokalen Behörden helfen könnte, den für die Klagebefugnis in Rechtsstreitigkeiten gegen Produzenten fossiler Brennstoffe erforderlichen „konkreten Schaden“ nachzuweisen, und dass sie Maßnahmen wie das „Climate Superfund“-Gesetz von Vermont „beeinflussen“ könnte – das staatliche Beamte ermächtigt, die „finanziellen Auswirkungen“ von Treibhausgasemissionen zu berechnen und anschließend von Energieunternehmen Zahlungen zur Deckung dieser Kosten zu verlangen. Die Redaktion des Journals formulierte mit bewundernswerter Offenheit: „Es geht darum, einer zwanghaften Ausübung staatlicher Macht einen wissenschaftlichen Anstrich zu verleihen.“ Dieser wissenschaftliche Anstrich liefert eine maßgeschneiderte Rechtsstrategie für eine Prozesskampagne, die seit fast einem Jahrzehnt gegen diejenigen Unternehmen geführt wird, die dafür sorgen, dass die Lichter nicht ausgehen.

All dies dürfte niemanden überraschen, der die Entwicklung der sogenannten „Attributionswissenschaft“ zu einem eigenständigen Forschungsgebiet verfolgt hat, und es ist auch nicht das erste Mal, dass die Republikaner im Repräsentantenhaus Alarm schlagen: Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft, Raumfahrt und Technologie des Repräsentantenhauses [argumentierten](#), der Bericht stelle gerade deshalb einen Interessenkonflikt dar, weil an laufenden Klimaprozessen beteiligte Anwälte an der Festlegung der wissenschaftlichen Standards mitgewirkt hätten, auf die sich die Akademien stützten.

Wie bereits in einem früheren [Artikel](#) auf diesen Seiten zur „[Nature](#)“-[Veröffentlichung](#) über „die wissenschaftlichen Argumente für die Klimahaftung“ erwähnt, hat die Initiative „World Weather Attribution“ selbst eingeräumt, dass – anders als in jedem anderen Bereich der Klimawissenschaft – „die Ereignisattribution ursprünglich mit Blick auf die Gerichte vorgeschlagen worden war“. Es ist bemerkenswert, dass ein wissenschaftliches Fachgebiet dies über seine eigenen Ursprünge zugibt. Die meisten Disziplinen entdecken erst im Nachhinein Anwendungsmöglichkeiten für ihre Erkenntnisse. Die Attributionswissenschaft wurde von Anfang an als Instrument für Anwälte im Deliktsrecht konzipiert – die Schlussfolgerung stand zuerst, und die Methodik wurde rückentwickelt, um diese zu stützen.

Das Problem der Interessenkonflikte

Das belastendste Detail in der gesamten Angelegenheit – und dasjenige,

das selbst wohlwollenden Beobachtern der Akademien zu denken geben sollte – betrifft Michael Burger, den Geschäftsführer des Sabin Centre for Climate Change Law an der Columbia Law School. Burger war an der Erstellung des neuen Berichts beteiligt und wird darin positiv zitiert. Was der Bericht jedoch nicht erwähnt ist, dass Burger zugleich als Rechtsberater bei Sher Edling LLP tätig ist – jener Anwaltskanzlei, welche die Welle kommunaler und bundesstaatlicher Klagen gegen ExxonMobil, Chevron, Shell und den Rest der Branche angeführt und davon reichlich profitiert hat. Dies ist kein geringfügiger Interessenkonflikt, der in einer Fußnote versteckt wird. Es handelt sich um den zentralen Akteur der Prozesskampagne, der an der Erstellung des wissenschaftlichen Dokuments mitwirkt, das die Prozesskampagne anschließend als unabhängige Autorität zitieren wird.

Es ist nicht das erste Mal, dass dieses Muster zutage tritt. Die WSJ-Redaktion erinnert ihre Leser daran, dass ein Kapitel zum Thema Klima, das für die vierte [Auflage](#) des „Reference Manual on Scientific Evidence“ verfasst worden war – einer gemeinsamen Veröffentlichung des Federal Judicial Center und der National Academies, die an Bundesrichter als Leitfaden zur Würdigung von Sachverständigenaussagen verteilt wurde –, sich in großem Umfang auf Burgers frühere Arbeiten stützte, ohne diese ordnungsgemäß zu zitieren. Dieses Kapitel wurde, nachdem das Plagiat und die Interessenkonflikte ans Licht gekommen waren, im Februar vom Federal Judicial Centre stillschweigend [zurückgezogen](#). Elektronische Kopien waren bereits im Dezember des Vorjahres an Hunderte von Bundesrichtern verschickt worden und konnten nicht mehr zurückgerufen werden, wie ein Bericht über die Angelegenheit trocken feststellte. Richtern im ganzen Land war bereits ein Handbuch ausgehändigt worden, das sie im Grunde darin unterwies, wie sie von der Klägerseite vorgelegte Beweise zur Urheberschaft zu behandeln hatten – und das im Wesentlichen von einem Klägeranwalt verfasst worden war.

Ein einziger Rückzug mag peinlich sein. Ein zweiter Bericht, der fünf Monate später veröffentlicht wurde, den gleichen Akteur in den Mittelpunkt stellt und im Wesentlichen die gleiche rechtliche Agenda verfolgt, kommt bereits einem institutionellen Muster nahe – was David [Wojick](#) vor einigen Jahren auf der Website „Watts Up With That“ als die Entwicklung der Akademie „von den Hütern der Wissenschaft zu einer Festung der Panikmacher“ beschrieb. Institutionen geben selten zu, dass sie vom [Gruppendenken](#) beherrscht werden. Sie produzieren einfach weiterhin die gleiche Art von Dokumenten, besetzt mit den gleichen Netzwerken und finanziert von den gleichen Interessengruppen, bis das Gruppendenken zum normalen Geschäftsalltag der Institution wird.

Folge dem Geld!

Es spielt auch eine Rolle, wer den Bericht finanziert hat. Ein Teil der Mittel stammte, wie der „Daily Caller“ [berichtete](#), vom „Bezos Earth Fund“ – dem vom Amazon-Gründer gegründeten, mit 10 Milliarden Dollar dotierten gemeinnützigen Fonds, der seit 2020 Geld in Klimapolitik,

aktivistischen Journalismus und prozessnahe Forschung fließen lässt. Es ist nicht illegal, dass eine Stiftung Forschung finanziert, die sie befürwortet. Es ist jedoch bemerkenswert, wenn eine nominell unabhängige wissenschaftliche Akademie, die vom Kongress gegründet und maßgeblich von amerikanischen Steuerzahlern finanziert wird, ein Dokument erstellt, das den strategischen Interessen von durch Milliardäre finanzierten aktivistischen Rechtsstreitigkeiten dient – und dies unter dem Deckmantel unparteiischer Fachkompetenz tut, die durch die Finanzierung aus Steuergeldern eigentlich gewährleistet werden soll.

Die im vergangenen Jahr in „Nature“ veröffentlichte Studie zur „Klimahaftung“ versuchte, die einzelnen Öl- und Gasunternehmen zurechenbaren Schäden auf den Dollar genau zu beziffern, und [schätzte](#), dass allein die Emissionen von Chevron zwischen 1991 und 2020 hitzebedingte Verluste in Höhe von 791 Milliarden bis 3,6 Billionen Dollar verursacht hätten. Diese Studie wurde von dem gleichen Aktivisten-Ökosystem finanziert: Anwaltskanzleien, die auf Erfolgsbasis arbeiten, Stiftungen mit erklärten Interessenvertretungszielen und NGOs als stellvertretende Kläger, deren erklärtes Ziel „Gesetzgebung durch Rechtsstreitigkeiten“ ist, wodurch die gewählten Gesetzgeber umgangen werden, die normalerweise die Energie- und Klimapolitik festlegen würden. Der Bericht der National Academies hebt diesen Ansatz einfach um eine weitere Stufe auf der Glaubwürdigkeitsskala an und verwandelt aktivistische Wirtschaftstheorie in etwas, das für einen vielbeschäftigten Bundesrichter ohne Hintergrund in Physik oder Ökonometrie wie „Konsenswissenschaft“ aussieht.

Die Kette der Zuordnung war niemals solide

Die wissenschaftliche Grundlage für all dies – die Behauptung, dass einzelne Wetterereignisse und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Verluste mit Sicherheit auf die historischen Emissionen eines namentlich genannten Unternehmens zurückgeführt werden können – beruht auf einer [wackeligen](#) Kette von Schlussfolgerungen mit mindestens drei schwachen Gliedern. Das erste Glied verläuft von den Kohlendioxidemissionen zur globalen mittleren Temperatur – ein Zusammenhang, der von Schätzungen der Klimasensitivität abhängt, die in der wissenschaftlichen Literatur selbst noch umstritten sind, wobei die veröffentlichten Spannen bei einer Verdopplung des CO₂-Gehalts von etwa 1,5 °C bis 4,5 °C Erwärmung reichen.

Der zweite Ansatz, die „Musterskalierung“, versucht, diesen globalen Durchschnitt in konkrete regionale und lokale Wetterereignisse zu übersetzen – ein Verfahren, das einem chaotischen und nichtlinearen [Klimasystem](#) eine lineare, geordnete Beziehung aufzwingt. Sowohl die Berichte des IPCC selbst als auch unabhängige Forscher wie Roger Pielke Jr. haben [gezeigt](#), dass eine solche Muster-Skalierung die tatsächlichen Trends bei Hurrikanen, Dürren und Hitzewellen nur unzureichend erklärt, sobald die Daten um Bevölkerungswachstum und wirtschaftliche Entwicklung bereinigt werden.

Der dritte Zusammenhang – die Umrechnung von Wetterextremen in quantifizierte wirtschaftliche Verluste – ignoriert die Anpassungsfähigkeit moderner Volkswirtschaften – Klimaanlage, Hochwasserschutz, Widerstandsfähigkeit der Nutzpflanzen –, die zu einem dramatischen langfristigen Rückgang der wetterbedingten Sterblichkeit geführt hat, wie Bjørn Lomborg ausführlich [dokumentiert](#) hat.

Jeder dieser Zusammenhänge ist für sich genommen umstritten. Multipliziert man sie im Rahmen des „End-to-End“-Ansatzes, den diese Art der Forschung vorschlägt, potenziert sich die Unsicherheit, anstatt sich aufzuheben. Das Deliktsrecht verlangt eine „But-for“-Kausalität: Der Schaden wäre ohne das Verhalten des Beklagten nicht eingetreten. Ein Modell, das Schadensschätzungen für ein einzelnes Unternehmen in einer Größenordnung von mehreren Billionen Dollar liefert – wie es der Artikel in „Nature“ für Chevron getan hat –, ist kein Beweis für eine präzise Kausalität, sondern vielmehr für haltlose Behauptungen, die mit der vorgetäuschten Gewissheit von Zahlen und Dollarbeträgen verpackt sind.

Es gibt zudem eine grundlegendere Lücke, die sich durch die gesamte Literatur zur Ursachenzuordnung zieht und die der Bericht der National Academy of Sciences mit seinen Vorgängern gemeinsam hat: das auffällige Schweigen über die Vorteile genau jenes Gases, das ins Visier genommen wird. Kohlendioxid ist nicht bloß eine Externalität, die mit einem Preis belegt und gerichtlich angefochten werden muss; es ist unter anderem Pflanzennahrung, und die eigenen Satellitendaten der NASA haben in den letzten Jahrzehnten einen erheblichen globalen [Begrünungseffekt](#) dokumentiert. Forscher haben festgestellt, dass die CO₂-Düngung etwa 70 % des seit 1982 beobachteten Anstiegs der globalen Blattfläche erklärt – eine Fläche, die doppelt so groß ist wie die der kontinentalen Vereinigten Staaten. Eine echte Kosten-Nutzen-Rechnung – wie sie die mit dem Nobelpreis ausgezeichneten integrierten [Bewertungsmodelle](#) von William Nordhaus ermöglichen sollen – würde diese Vorteile gegen die Schäden abwägen, bevor sie eine Haftung zuweist. Die Literatur zur Ursachenzuordnung hingegen berücksichtigt nur eine Seite der Bilanz. Es handelt sich um Interessenvertretung, die sich mit wissenschaftlichem Vokabular tarnt und selektiv alle Erkenntnisse ausblendet, die ihr Urteil erschweren würden.

Eine Abrechnung, die sich lohnt

Das soll keineswegs heißen, dass das von Trump gewählte Instrument – eine Überprüfung im Rahmen des „Suspension and Debarment“-Verfahrens, das üblicherweise dazu dient, Auftragnehmer, die sich des Betrugs oder von Sicherheitsverstößen schuldig gemacht haben, von weiteren Bundesaufträgen auszuschließen – offensichtlich der richtige Hebel ist, oder dass seine Darstellung mit ihren Großbuchstaben und verschwörerischen Anspielungen viel dazu beitragen wird, jemanden zu überzeugen, der nicht ohnehin schon überzeugt ist. Die bombastischen Äußerungen des Präsidenten sind ein stumpfes Instrument, und die fundiertere Kritik kommt hier von der Redaktion des „Wall Street

Journal“ sowie vom Ausschuss für Wissenschaft, Raumfahrt und Technologie des Repräsentantenhauses, dessen Mitglieder die zugrunde liegenden Bedenken hinsichtlich Interessenkonflikten bereits lange vor dem Anruf des Präsidenten geäußert hatten. Doch die zugrunde liegende Beschwerde ist stichhaltig, und sie bliebe auch dann stichhaltig, wenn sie in der trockensten bürokratischen Prosa vorgebracht worden wäre, die man sich vorstellen kann. Ein vom Kongress eingerichtetes Gremium, das Bundesrichtern unvoreingenommene fachliche Orientierung geben soll, hat ihnen stattdessen ein Dokument vorgelegt, das maßgeblich von eben jenen Anwälten geprägt wurde, die von den Rechtsstreitigkeiten profitieren, über die das Dokument eigentlich informieren soll.

Die Lysenko-Affäre in der Sowjetunion hat gezeigt, was passiert, wenn ideologische Konformität die empirische Genauigkeit innerhalb einer Institution verdrängt, die sich mit dem Mantel der Wissenschaft umgibt. Die Nationale Akademie der Wissenschaften ist ein Beispiel für einen modernen [Lysenkoismus](#), der in der Debatte um den Klimawandel weit verbreitet ist. Amerikanische Bundesrichter, die in Gerichtssälen im Rahmen Dutzender anhängiger Klimaklagen wirklich komplexe wissenschaftliche Fragen abwägen, verdienen Besseres als Handbücher, die – wenn auch nicht namentlich, so doch inhaltlich – von den Anwälten der Kläger verfasst worden sind. Gleiches gilt übrigens auch für den amerikanischen Steuerzahler, der einen Teil der Kosten trägt.

Präsident Trump unterzeichnete am 23. Mai 2025 eine [Durchführungsverordnung](#) mit dem Titel „Restoring Gold Standard Science“ (Wiederherstellung des wissenschaftlichen Goldstandards), die darauf abzielt, die Richtlinien zur Forschungsintegrität zu überarbeiten und sicherzustellen, dass die von der Bundesregierung geförderte Wissenschaft „transparent, streng und wirkungsvoll“ ist. Die Verordnung löste bei Wissenschaftlern Besorgnis aus, die befürchten, dass sie zu politischer Einmischung in die wissenschaftliche Forschung führen und die unabhängige wissenschaftliche Forschung untergraben könnte. In links-progressiven Kreisen ist es mittlerweile Mode geworden, jede politische Überprüfung einer wissenschaftlichen Einrichtung als Angriff auf die Wissenschaft selbst darzustellen – eine Darstellung, welche die schwierigere Frage bequem ausklammert, ob sich die betreffende Einrichtung tatsächlich wissenschaftlich verhalten hat. Der [Weg](#) nach vorn ist klar: Bundesbehörden und steuerfinanzierte Nichtregierungsorganisationen wie die Nationale Akademie der Wissenschaften müssen strenge, transparente und falsifizierbare Standards einführen, um sicherzustellen, dass die Wissenschaft der Wahrheit dient und nicht der Macht.

Wie auch immer man die Wortwahl von Präsident Trump bewerten mag, die dahinterstehende Forderung – dass eine Institution, die sich auf die Autorität unvoreingenommener Wissenschaft beruft, auch tatsächlich unvoreingenommen sein sollte – ist eine, die jeder ernsthafte Verfechter wissenschaftlicher Integrität unterstützen können sollte. Der wohl am häufigsten verklagte Präsident in der Geschichte der USA hat sicherlich

Recht damit sicherzustellen, dass Richter, die Klimarechtsstreitigkeiten vor Gericht verhandeln, wirklich objektive wissenschaftliche Beratung erhalten.

This article was first published in the Daily Sceptic

<https://dailysceptic.org/2026/07/24/trump-is-right-to-take-on-the-climate-litigation-complex/>

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2026/07/26/trump-is-right-to-take-on-the-climate-litigation-complex/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE